
1596/J XXVI. GP

Eingelangt am 07.09.2018

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Gudrun Kugler und weiterer Abgeordneter an die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres

betreffend der Menschenrechtssituation in der Ukraine

Berichten des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, des Menschenrechtskommissars des Europarats und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie weiteren Meldungen zufolge kommt es gegenüber den Bewohnern der Krim, insbesondere Angehörigen der Volksgruppe der Krimtataren, zu schweren Übergriffen wie außergerichtliche Tötungen, Entführungen, politisch motivierte Strafverfolgung, willkürliche Inhaftierung und Folter, zu diskriminierenden Maßnahmen durch die Behörden und zu schweren Verletzungen von Grundfreiheiten einschließlich des Rechts auf ein faires Verfahren, des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Religionsfreiheit.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres folgende

Anfrage

- 1) Wie schätzt die österreichische Regierung die Lage in der Ukraine und speziell der Krimtataren ein?
- 2) Auf welche Weise kann und wird Österreich den anderen Bewohnern der Krim, insbesondere der Volksgruppe der Krimtataren, helfen, welche derzeit unter schweren Menschenrechtsverletzungen leiden?
- 3) Auf welche Weise kann und wird Österreich sich für die Freilassung der unrechtmäßig in Haft genommenen ukrainischen Staatsbürger einsetzen?
- 4) Auf welche Weise kann Österreich die Selbstverwaltung der Krimtataren und die Ermöglichung kultureller, religiöser und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten unterstützen?